

Robert Kagan:

America's Crisis of Legitimacy

Foreign Affairs, Jg. 83, Nr. 2 (März/April 2004), S. 65–87

In seinem Essay für das Magazin *Foreign Affairs* befasst sich Robert Kagan mit dem Thema einer neuen Weltordnung, insbesondere mit dem Dissens zwischen Europa und den USA hinsichtlich der unterschiedlichen Weltanschauungen. Beide Seiten hätten verschiedene Ansichten bezüglich des internationalen Rechts und der internationalen Ordnung. Dabei wird auch der Begriff „Westen“ untersucht, wobei Fukuyamas Theorie, dass der Westen die gleichen liberalen Prinzipien teilt, sich schließlich nicht zu bestätigen scheint. Gerade die Legitimität der US-Aktivitäten wird von europäischer Seite massiv in Frage gestellt und damit die Führungsrolle der USA kritisiert.

Nach Kagan stützte sich die Legitimität der USA als Führungsnation auf drei Säulen: erstens auf die europäische Auffassung, dass die Sowjetunion eine strategische Bedrohung für den Westen darstellte, zweitens darauf, dass die Sowjetunion auch eine ideologische Bedrohung bedeutete und Europa so die USA als führende Macht der freien Welt akzeptierte, drittens wurden aufgrund der ausgeglichenen militärischen Stärke der beiden Supermächte die USA gewissermaßen unter Kontrolle gehalten.

Mit dem Ende des Kalten Krieges haben die USA diese Legitimität allerdings verloren, da der radikale und militante Islamismus nicht die Rolle der ideologischen Bedrohung für den Westen übernommen hat. Auch die Tatsache, dass das Projekt, Europa zu einigen und den Frieden zu manifestieren, nun abgeschlossen ist, führt unweigerlich zu einem Legitimitätsverlust für die USA.

Das Problem, so Kagan, liegt aber auch bei den Europäern selbst. Sie haben an Einfluss verloren und erscheinen den USA als zu schwache Alliierte. Die tragischen Entwicklungen auf dem Balkan während der neunziger Jahre haben dies deutlich gezeigt. Europa musste mehr oder

weniger tatenlos zusehen, wie erst die USA die Schrecken in Ex-Jugoslawien beenden konnten. Auch die postmoderne Aversion der Europäer gegen die eigene militärische Stärke, das heißt der Umstand, dass die militärischen Kapazitäten relativ zu den USA dahinschwanden, macht Europa nicht gerade zu einer Weltmacht. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Europa befürchtet, von den USA kontrolliert zu werden, vielmehr fürchtet Europa den Verlust der Kontrolle über die USA und die damit verbundene Richtungsvorgabe in der globalen Politik. So ist die Ablehnung des Irakkfeldzuges nicht als Antikriegshaltung im Allgemeinen zu bewerten, sondern auf die Nichteinbindung eines UN-Sicherheitsratsbeschlusses bezogen. Allerdings, betont Kagan, ist auch der Sicherheitsrat nicht unbedingt ein Garant für den Schutz von nationaler Souveränität – man denke an den Einmarsch in das Kosovo 1999, bei dem moralische Argumente, und da waren sich Europa und die USA einig, über Prinzipien des internationalen Rechts gestellt wurden.

Übriggebliebene westfälische Prinzipien seien, so eines der Hauptargumente Kagans, nicht mehr den heutigen Herausforderungen wie etwa der Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder dem internationalen Terrorismus angepasst. Auch werde der europäischerseits propagierte Begriff des Multilateralismus unterschiedlich interpretiert. Während Europa darin ein fundamentales und formelles Konzept sieht, verstehen die USA darunter ein Mittel zum Zweck, wie die ursprüngliche Koalition mit Großbritannien, Polen und Spanien gezeigt hat.

Kagan argumentiert, dass es sich bei der Debatte um Multilateralismus und Legitimität eigentlich um eine transatlantische Auseinandersetzung um globalen Einfluss handelt, also nichts anderes als eine europäische und vor allem deutsch-französische Antwort auf die unipolare Zwangslage Europas ist. Die NATO könnte ein Forum zur Annäherung und Abgleichung darstellen, allerdings erst dann, wenn es beiden Seiten gelungen ist, eine gemeinsame Strategie für die neuen Herausforderungen gefunden zu haben.

Vinzenz Kastner